

Sabine Kurtenbach

Strukturwandel statt Zivilisierung – Gewaltentwicklung in Lateinamerika

Ursachen, Folgen und Einhegungsmöglichkeiten von Gewalt waren in der letzten Dekade ein wichtiges Thema der lateinamerikanischen Politik, obwohl Lateinamerika längst nicht mehr als internationale Krisenregion gilt. Der scheidende Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Enrique Iglesias, rief im September 2005 anlässlich eines regionalen Seminars zur Öffentlichen Sicherheit dazu auf, eine "Kultur des Friedens und des zivilen Zusammenlebens" zu fördern.¹ Denn trotz der Beendigung zahlreicher interner Kriege und der Rückkehr der Militärs in die Kasernen gilt Lateinamerika im internationalen Vergleich als gewalttätige Region – die Mordraten lagen Ende der neunziger Jahre nur in Afrika höher.²

Auch in einer zeitlich längeren Perspektive weist die Gewaltentwicklung in Lateinamerika Widersprüche und Paradoxien auf. Zahlreiche Thesen der Debatten über die Ursachen von Gewalt und Frieden brechen sich an der empirischen Realität. So waren die zwischenstaatlichen Beziehungen seit der Unabhängigkeit weitgehend friedlich, obwohl Lateinamerika über weite Strecken nicht – wie im Theorem vom "demokratischen Frieden" postuliert – über demokratische Regierungen oder zwischenstaatliche Verflechtungs- und Integrationsmechanismen verfügte, die der Gewaltanwendung entgegenwirken sollen. Lothar Brock (1998) hat deshalb für Lateinamerika von einem "undemokratischen Frieden" in den internationalen Beziehungen gesprochen. Und obwohl Lateinamerika in den letzten zwei Dekaden

1 Pressemitteilung der BID (Banco Interamericano de Desarrollo, Interamerikanische Entwicklungsbank) vom 13.9. 2005 <www.iadb.org/NEWS> (Zugriff 15.10. 2005).

2 Daten der WHO (2002) geben für Lateinamerika 16,3, für Afrika 22,2 und für den weltweiten Durchschnitt 8,8 Morde pro 100.000 Einwohner an. Allerdings weisen Buvinic/Alda/Lamas (2005: 2) darauf hin, dass Lateinamerika unter den weltweiten Durchschnitt fällt, wenn auch kriegsbedingte Tote und Selbstmorde mitgezählt werden.

Fortschritte bei der Demokratisierung gemacht hat, hat die innergesellschaftliche Gewalt zugenommen. Insofern könnte man auch von einer "unfriedlichen Demokratie" sprechen.

Gewalt in ihren verschiedenen Spielarten ist in Lateinamerika kein neues Phänomen, allerdings gab es nur in Ausnahmefällen große Gewaltexzesse. Der Krieg der Trippelallianz gegen Paraguay 1864-1870, der eine Million Opfer gefordert haben soll und auch die mexikanische Revolution und die kolumbianische "Violencia" mit jeweils etwa 250.000 Toten gehören zu den historischen Ausnahmen. Dennoch scheint Gewalt in Lateinamerika ein historisch kontinuierliches Element zu sein. Hans-Jürgen Puhle konstatierte bereits vor fast 25 Jahren (1982: 18) eine "gleitende(n) Skala vom ländlichen *machetismo* über den verfehlten oder erfolgreichen *Putsch*, *cuartelazo*, *golpe*, etc. bis hin zur selteneren, erfolgreichen Revolution" (Hervorhebung im Original). Daran scheint sich trotz des rapiden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels der vergangenen Jahrzehnte wenig verändert zu haben. Es stellt sich mithin die Frage, ob die Gewalt in Lateinamerika ein "Relikt" ist und zu den Verhaltensmustern gehört, die sich – wie die Geschlechterbeziehungen und Glaubensmuster beispielsweise – wesentlich langsamer verändern als wirtschaftliche Wettbewerbschancen oder die Spielregeln des politischen Systems. Oder aber, ist das hohe Gewaltniveau in Lateinamerika ein Zeichen dafür, dass Modernisierung und sozialer Wandel nur in bestimmten Ausnahmefällen wie in Westeuropa mit einer Zivilisierung der Konfliktbearbeitung einhergehen.³ Die Beantwortung dieser Frage hängt maßgeblich damit zusammen, welche Gewaltphänomene in den Blick genommen werden. Reduziert man die Analyse auf das, was gemeinhin als Krieg⁴ definiert wird, so würden die Thesen von Zivilisationstheoretikern wie Norbert Elias (1976) durchaus bestätigt. Allerdings würde man damit den überwiegenden Teil der Gewalt, die den Alltag in der Region heute bestimmt, ausblenden. Deshalb ist es angemessen,

3 Zur Diskussion um die Ambivalenz der Moderne bezüglich der Gewaltentwicklung vgl. unter anderem Imbusch (2005) und Mann (2005).

4 Das gilt unabhängig davon, ob man Krieg wie die Arbeitsgemeinschaft Kriegsforschung AKUF als bewaffneten Massenkrieg mit einem Mindestmaß an zentral geleiteter Organisation und Kontinuität zwischen zwei oder mehr Akteuren und der Beteiligung staatlicher oder parastaatlicher Sicherheitskräfte definiert, oder wie andere ein Mindestmaß an 1.000 Toten im Jahr zugrunde legt (zur Frage der Definition von Krieg vgl. Gantzel/Schwinghammer 1995: 31ff.).

den Gewaltbegriff weiter zu fassen, ohne ihn allerdings auf sämtliche Formen bis hin zur strukturellen Gewalt auszudehnen.

Gewalt ist auch in Lateinamerika weder statisch noch gleichmäßig über den gesamten Kontinent verteilt. Zum einen lassen sich Veränderungen bei den Akteuren und Zielsetzungen der Gewalt beobachten, zum anderen gibt es einzelne Länder, die entweder bereits historisch eine Ausnahmeerscheinung waren – wie Uruguay – oder aber im Lauf der Geschichte einen grundlegenden Wandel im Gewaltverhalten verzeichnen – beispielsweise Costa Rica nach 1948. Insofern lohnt es sich, eine differenziertere Bestandsaufnahme der Gewaltentwicklung vorzunehmen. Gewalterfahrungen wirken in hohem Maße prägend auf die betroffenen Gesellschaften und graben sich – weit über die Frage des Umgangs mit konkreten Gewalterfahrungen im Kontext von Wahrheitskommissionen oder Vergangenheitspolitik – in das kollektive Gedächtnis ein. Im Kontext der Debatte um Elias Zivilisationstheorie verweist Martin Dinges (1998: 188) zu Recht darauf, dass es notwendig ist, die „Formveränderungen und (den) Wandel der Akzeptanz der Gewalt“ verstärkt in die Forschung einzubeziehen, weil sie „Ausdruck des steten Ringens einer Gesellschaft um ihr Verständnis von Gewalt“ seien.

In Lateinamerika haben sich viele internationale Entwicklungen zeitlich früher als in anderen Weltregionen ereignet. Dies gilt historisch für die Kolonisierung und Dekolonisierung und seit den achtziger Jahren für Demokratisierung und Marktöffnung, die global erst nach dem Ende des Kalten Krieges, in Lateinamerika aber bereits seit den achtziger Jahren auf der Agenda standen.⁵ Demokratisierung und Entwicklung gelten historisch als zentrale Grundlagen für die Einhegung der Gewalt, weshalb gefragt werden muss, warum diese Prozesse in Lateinamerika – zumindest bisher – nur zu einer Verlagerung der Gewalt aus dem politischen in den sozialen Raum geführt haben. Der vorliegende Artikel nähert sich diesen Fragen aus einer historisch und regional breiten Perspektive, weil sich so neue Erkenntnisse über Wandel und Kontinuität, aber auch über die Funktion von Gewalt gewinnen lassen.

5 Zu den Elementen dieses in den internationalen Beziehungen dominierenden „Liberalen Paradigmas“ vgl. Paris (2004).

1. Gewalt in Lateinamerika – die Entwicklungslinien

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht offensichtlich ist, spiegelt die Gewaltentwicklung in Lateinamerika internationale Entwicklungen des Kriegsgeschehens wider. So verlagerte sich die kollektive Gewaltanwendung vom 19. ins 21. Jahrhundert kontinuierlich von der zwischenstaatlichen auf die innerstaatliche Ebene, während in den letzten Jahren die "entstaatlichte" Gewalt dominiert.⁶ Dieser Entwicklung entspricht ein Wandel der Gewaltakteure und ihrer Ziele: Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichnete sich das Gewaltvorkommen in Lateinamerika durch seinen personalen Charakter aus. Neben der alltäglichen Gewalt handelte es sich überwiegend um spontane oder sporadische Aufstände einzelner oder kleiner Gruppen, die sich insbesondere gegen Veränderung des Status quo richteten. Auch die Unabhängigkeitskriege von Spanien standen zunächst im Widerstand gegen die Veränderungen auf dem spanischen Festland und erst in der zweiten Phase unter dem Vorzeichen der eigenen Loslösung von der Kolonialmacht. Der Erfolg der Aufständischen war denn auch in erster Linie Ausdruck des Niedergangs Spaniens als Großmacht, der im Verlust der Kolonien seinen Höhepunkt fand.

In den Gewaltkonflikten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es in erster Linie um die Aneignung der Kontrolle über die natürlichen Ressourcen, sei es innerhalb eines Landes, wo regionale oder lokale Eliten oder Caudillos einander bekämpften, sei es zwischen den Staaten. Im Kontext dieser Auseinandersetzungen entstanden dann auch reguläre Streitkräfte, die fortan ein zentraler Gewaltakteur im Inneren der lateinamerikanischen Gesellschaften wurden. Am Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich das System der oligarchischen Herrschaft soweit konsolidiert, dass Gewaltanwendung zur Ausnahme wurde. Im 20. Jahrhundert gab es nur vereinzelt und nur sehr kurze kriegerische Auseinandersetzungen zwischen lateinamerikanischen Staaten. Die Erklärungsansätze hierfür variieren zwar in der Schwerpunktsetzung, stellen aber alle mehr oder minder dieselben Faktoren

⁶ Allerdings ist dieser Befund insofern einzuschränken, als er auch die Veränderung von Themen in der Beschäftigung mit Gewalt zeigt. Die Datenlage zum 19. Jahrhundert ist außerdem weniger umfangreich als die zur aktuellen Gewalt, siehe u.a. Pietschmann (1980), Morse (1982), Riekenberg (1998).

in den Vordergrund:⁷ Neben der relativen Homogenität des Subkontinents aufgrund der gemeinsamen iberischen Kolonialgeschichte und der pazifizierenden Wirkung der regionalen und subregionalen Integrationsprozesse, gilt die Dominanz der USA – die *Pax Americana* – als wesentlicher Faktor der Gewalteinhegung in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dort, wo Konflikte gewaltsam eskalierten oder zu eskalieren drohten, spiegeln sich im 20. Jahrhundert die auch in anderen Weltregionen typischen Problemlagen:

- Auseinandersetzungen um die Kontrolle natürlicher Ressourcen: zuletzt 1995 zwischen Peru und Ekuador.
- So genannte *intermestic issues* wie Migration, Umweltprobleme etc.: beispielsweise beim “Fußballkrieg” zwischen El Salvador und Honduras 1969.
- Vor allem aber die Regionalisierung und Internationalisierung interner Konflikte: am häufigsten in Zentralamerika und die massive Interventionspolitik der USA.

Dem eher geringen zwischenstaatlichen Konfliktpotential steht ein ausgefeiltes System der zwischenstaatlichen Konfliktregulierung und Verregelung im Kontext der Organisation Amerikanischer Staaten gegenüber, das in der Praxis aber meist durch informelle Mechanismen ersetzt wurde (Kurtenbach 2003).

Das Gewaltgeschehen im 20. Jahrhundert war in Lateinamerika schon früher als in anderen Regionen von innerstaatlichen Konflikten geprägt, inhaltlich ging es dabei vor allem um die Veränderung oder Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo.⁸ Die Unterschiede innerhalb des Subkontinents lassen sich entlang der Veränderungen der Gewaltakteure, ihren Strategien, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und den Veränderungen des internationalen Kontextes strukturieren. Der Kalte Krieg stellt hierbei einen Einschnitt dar, der vor allem die Dynamik der Gewalt wesentlich bestimmte.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eskalierten nur wenige Auseinandersetzungen gewaltsam. Die Träger der Modernisierung

7 Vgl. hierzu Brock (1998), Mares (2001), Holsti (1996), Kurtenbach/Bodemer/Nolte (2000).

8 Obwohl es eine ungeheure Menge an Einzelfall- oder Regionalstudien gibt, existieren nur wenige explizit vergleichende Studien wie die von Wickham-Crowley (1992).

kamen vor allem aus den Sektoren der Gesellschaft, die mit dem Weltmarkt verbunden waren wie den Gewerkschaften des Exportsektors, aber auch aus den neuen städtischen Mittelschichten. Erfolgreich waren diese Gruppen allerdings nur, wenn es ihnen gelang, auf dem Land eine Basis aufzubauen. Fast alle Kriege dieser Phase wurden militärisch beendet.

Erfolgreich war der Aufstand in Mexiko während der Revolution (1910-1920), aber auch in Costa Rica (1948) und Bolivien (1946-1952). In allen drei Ländern kämpften relativ breite Bündnisse unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen für eine Verbreiterung der sozialen Basis des bestehenden Herrschaftssystems. Nach zum Teil langen und heftigen Kämpfen etablierten sich Regime, die grundlegende Struktur-reformen von Staat und Gesellschaft durchsetzten und zumindest für einige Jahrzehnte relativ stabil waren.⁹ In anderen Ländern – etwa in Paraguay – wurde diese Auseinandersetzung zugunsten der Status quo orientierten Kräfte entschieden. Anders verlief die Entwicklung in Guatemala, wo sich die reformorientierten Gruppen ohne bewaffneten Kampf durchsetzten, kurz darauf allerdings mit massiver Unterstützung der USA gestürzt wurden. Auch die kolumbianische “Violencia” ordnet sich in das skizzierte Konfliktmuster ein. Die zentralen Konfliktlinien bestanden auch dort zwischen Reform oder Status quo, allerdings erfolgte die Massenmobilisierung nicht entlang dieser sozialen oder ökonomischen Konfliktlinien, sondern entlang der Zugehörigkeit zu den klientelistisch organisierten politischen Parteien. Vor dem Hintergrund der kolumbianischen Kriegsgeschichte gelang der Oligarchie die gewaltsame Festigung ihrer klientelistischen Verankerung mit dem Mittel des Krieges (Kurtenbach 1991).

Mit dem US-gesponserten Sturz der guatemalteken Reformregierung 1954 und verstärkt nach der kubanischen Revolution 1959 prägte der Kalte Krieg die Dynamik des Gewaltgeschehens, während die Ursachen weitgehend gleich blieben: Die zentralen Konfliktlinien bestanden in den mangelnden politischen und wirtschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten, die von unterschiedlich verankerten Akteuren zu Forderungen nach Veränderung

9 Die Tatsache, dass im Falle Boliviens diese Stabilität mit permanenten Putschen und Regierungswechseln einherging, widerspricht dem m.E. nicht, weil die grundlegende Systemstabilität erst mit der Mobilisierung des ethnischen und regionalen Gegensatzes in den letzten Jahren gefährdet wird.

kanalisiert wurden, was die herrschenden Gruppen mit Repression beantworteten. Der Ost-West-Konflikt und insbesondere die Entwicklung in Kuba dienten spätestens nach der erfolglosen Invasion in der Schweinebucht allen Konfliktakteuren als zentraler Referenzpunkt. Die USA griffen direkt und indirekt in zahlreichen Ländern zugunsten des Status quo ein, während die Oppositionellen sich Unterstützung in Kuba holten. Die meisten Imitatoren der kubanischen Revolution scheiterten allerdings kläglich, weil sie vergeblich versuchten, die ihnen fehlende Massenbasis mit Hilfe der von Che Guevara entwickelten – aber extrem voluntaristischen – Fokus-Theorie zu kompensieren. Gleichzeitig war ihr eigenes Verhalten ähnlich autoritär, dogmatisch und paternalistisch wie das der Regierungen, die sie bekämpften. Mit teilweise messianischem Bewusstsein sahen sie sich ganz allein befähigt, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zu artikulieren und durchzusetzen (Mansilla 1990). Eine Wahrnehmung, die die Bevölkerungsmehrheit offensichtlich nicht teilte.¹⁰

Die Bedeutung einer Massenbasis und/oder breiter Koalitionen wird nicht nur an dem einzig erfolgreichen Beispiel – dem nicaraguanischen FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) – deutlich, sondern auch in Kolumbien sichtbar. Trotz massiver Unterstützung der USA im *Counter-Insurgency*-Bereich konnte die kolumbianische Regierung die Guerilla militärisch nicht besiegen. Die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) war in einigen ländlichen Regionen so stark verwurzelt, dass sie lediglich zur Änderung der Strategie – weg vom Konzept der befreiten Gebiete zum Einsatz mobiler Kommandos – gezwungen wurde. Die beiden kleineren, eher an den kubanischen bzw. chinesischen Vorbildern orientierten Guerillagruppen (*Ejército de Liberación Nacional*, ELN und *Ejército Popular de Liberación*, EPL) wurden dagegen in den sechziger Jahren weitgehend zerschlagen und erholten sich erst in den siebziger und achtziger Jahren wieder. Auch in anderen Ländern erstarkte die bewaffnete Opposition im Kontext von sozialen Veränderungen und staatlicher Repression. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren errichtete sie in Nicaragua, El Salvador und – zumindest teilweise – auch in Guatemala breite Oppositionsbündnisse. Dies wurde durch den ökonomisch be-

10 Zur Zusammensetzung und Struktur der Guerillagruppen siehe Wickham-Crowley (1992).

dingten Wandel im Agrarsektor erleichtert, der die Lebensbedingungen der Landbevölkerung veränderte und zum Zusammenbruch alter Klientelbeziehungen führte.

In den Gesellschaften des Cono Sur fand die kubanische Revolution ihren Widerhall in der Stadtguerilla. Am stärksten waren diese Gruppen in Argentinien; auch in Uruguay, Brasilien und selbst in Chile gab es Ansätze für den bewaffneten Kampf. Gerade das Beispiel Chiles zeigt aber auch, wie reale politische Veränderungen die Entstehung bewaffneter Gewalt verhindern können. Nach 1964 fand in Chile ein umfassender Reformprozess statt, der zur politischen und wirtschaftlichen Integration breiter Bevölkerungsschichten führte. Vor diesem Hintergrund scheiterte der Versuch, die Revolution mit der Waffe in der Hand durchzusetzen.¹¹

Das Ende der Blockkonfrontation wirkte sich nach 1989 zwar auf das Konfliktgeschehen und die Gewalt in Lateinamerika aus, allerdings wiederum in erster Linie auf die Dynamik der Konflikte. Wesentlich bedeutsamer für die Veränderung des Konfliktgeschehens dürfte dagegen die Demokratisierung des Subkontinents gewirkt haben, weil die Repression der Militärregime und die fehlenden zivilen Partizipationsmöglichkeiten eine zentrale Legitimationsbasis des bewaffneten Kampfes waren. Darüber hinaus waren – vor allem in Zentralamerika – die Kosten der Kriege und auch der internationale Druck zu deren Beendigung so groß, dass sie eine Fortsetzung nahezu unmöglich machten. Die Eskalation der Gewalt in Kolumbien ist letztlich vor allem ein Beweis für die hohe Autonomie der kolumbianischen Gewaltakteure, auch wenn diese durchaus internationale und regionale Bündnisse eingegangen sind. Auch die bewaffneten Oppositionsgruppen in Peru, die ihren Kampf erst nach der Ablösung der Militärdiktatur aufnahmen, und die mexikanische Zapatistenbewegung agierten mit einem hohen Maß an Autonomie und Unabhängigkeit von internationalen Konjunkturen.¹²

Auch wenn die in engerem Sinn politische Gewalt seit den neunziger Jahren in Lateinamerika abgenommen hat, so ist die Region nicht friedlicher geworden. Während die Guerillakriege nicht aus-

11 Zu den Biographien und Vorstellungen der bewaffneten Opposition jener Zeit vgl. auch Weber (1989).

12 In beiden Fällen dominieren sehr spezifische Diskurse zur Begründung der Gewalt vgl. beispielsweise zu Peru Degregori (1997).

schließlich, aber überwiegend auf dem Land ausgetragen wurden, sind heute die lateinamerikanischen Städte in erster Linie vom Strukturwandel der Gewalt betroffen. Ein Großteil der Gewalt findet im Umfeld der organisierten und nicht organisierten Kriminalität statt, wobei die Grenzen fließend sind. Kriminalität – d.h. die vorsätzliche Überschreitung von strafrechtlichen Regeln einer Gesellschaft – ist in Lateinamerika nicht weiter verbreitet als in anderen Weltregionen, sie ist dort aber in höherem Maß gewalttätig und mit dem Einsatz von Schusswaffen verbunden (Fajnzylber/Lederman/Loayza 1998).

Die organisierte Kriminalität auf dem Kontinent nahm ihren Ausgang und verdankt ihren Aufschwung dem Drogenhandel, in dessen Umfeld zunächst in Kolumbien, später aber auch in Mexiko und Brasilien mafiöse Organisationen mit globaler Reichweite entstanden sind (Serrano/Toro 2002). Waffenhandel und Geldwäsche sind wesentliche Bestandteile dieses Geschäfts, ebenso wie Entführungen, Menschenhandel und Schmuggel (z.B. Autos). Auch die nicht organisierte Kriminalität weist einen gewissen Grad an Organisation auf bzw. ist in weiten Teilen direkt und indirekt an die organisierte Kriminalität angebunden. Zentraler Akteur sind hierbei die zahlreichen "Jugendbanden".¹³ Diese Gruppen sind ein überwiegend urbanes Phänomen, sie bestehen aus männlichen und weiblichen Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren. Ihr Aktionsradius beschränkt sich meist auf das eigene Stadtviertel, allerdings gibt es auch transnationale Verbindungen, weshalb sie auch im Kontext neuer transnationaler Sicherheitsprobleme diskutiert werden (Manwaring 2005).¹⁴ Die Zielsetzung der *maras*, *pandillas*, *bandas* etc. richtet sich in erster Linie auf das eigene Überleben und ist im Rahmen der Gruppe meist auf die soziale, ökonomische und politische Kontrolle des eigenen Stadtviertels gerichtet, was durch die Androhung oder den direkten Einsatz von Ge-

13 Eine Kritik dieser Stereotypisierung findet sich bei Liebel (2002), der zu Recht darauf hinweist, dass die Gruppen organisierter Jugendlicher eine große Vielfalt aufweist und nicht alle gewalttätig sind oder im kriminellen Milieu zu verorten sind. Einen Literaturüberblick gibt Rodgers (1999), zu Zentralamerika vgl. Liebel (2002), Peetz (2004); zur Rolle von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten und organisierter Kriminalität siehe Dowdney (2005).

14 Insofern unterscheiden sie sich strukturell deutlich von den Guerillagruppen der siebziger Jahre, die zumindest in ihrer Entstehungsphase aus jungen Männern Mitte 20 mit relativ guter Schulbildung bestanden (vgl. Wickham-Crowley 1992: 19ff.).

walt geschieht (Erpressung von Schutzgeldern, etc.). Ähnliche Phänomene gab und gibt es auch in anderen Ländern und Weltregionen. In Afrika sind diese Gruppen vielfach die zentralen Akteure der “neuen” Kriege und der *Warlord*-Strukturen (Nissen/Radtke 2002; Riekenberg 1999), während ihre Gewalt in Lateinamerika als weitgehend unpolitisch gilt.

Gewalt wirkt in verschiedenen Formen auf die Gesellschaften ein, in der sie stattfindet. Neben den direkten Kosten an Leben und materiellen Schäden sind Gewalterfahrungen vielfach für das Selbstverständnis und für die Legitimation und Akzeptanz von Gewalt in einer Gesellschaft konstitutiv. Deshalb lohnt es sich danach zu fragen, wie sich die hier nur überblicksartig skizzierte Gewaltentwicklung auswirkt.

2. Das “Erbe” der Gewalt

Gewalt wird heute aufgrund der mit ihr verbundenen negativen Folgen und den hohen Kosten überwiegend als destruktiv wahrgenommen. Dennoch hat sie im historischen Prozess zahlreicher Gesellschaften eine zentrale Rolle gespielt und vielfältige Funktionen erfüllt. So hat die zwischenstaatliche Gewalt im europäischen Kontext einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der Nationalstaaten geleistet.¹⁵ Die Externalisierung der Gewalt ermöglicht die Abgrenzung und damit die Entstehung einer nationalen Identität, im Falle des militärischen Siegs erweitert sie vielfach die materielle Basis des Staates und dessen Zugriff auf wirtschaftliche Ressourcen.¹⁶ Sowohl die USA als auch Chile sind außereuropäische Beispiele für diesen Prozess, in dessen Zuge die gewaltsame Ausdehnung des Staatsterritoriums einen Beitrag zur Entstehung des Nationalbewusstseins leistet. Entscheidend ist aber auch, ob gewonnen oder verloren wird, was das Beispiel des “Salpeterkriegs” (1879-1883) zeigt. Während er in Chile das nationale Selbstbewusstsein stärkte und als materielle Basis für einen starken Zentralstaat diente, ist die Niederlage in Bolivien und Peru bis heute ein Trauma, das zwar nationalistischer Rhetorik Auftrieb verleiht, aber

15 Diese Prozesse stehen bei Charles Tilly (1985) oder Norbert Elias (1976) im Mittelpunkt der Analyse.

16 Im Falle der Niederlage überwiegen unter dem Fokus der Staatsbildung sicher die negativen Folgen.

keinen Beitrag zur internen Kohäsion leistet. Die Kontrolle über natürliche Ressourcen kann einen Staat politisch stärken, wenn sie für eine aktive Integrationspolitik genutzt wird. Ob dies realisiert wird und unter welchen politischen Vorzeichen dies geschieht (zur Verteilung oder zur Absicherung von Partikularinteressen), hängt von anderen Faktoren ab – beispielsweise den Interessen der den Staat kontrollierenden Kräfte. Auch bei innerstaatlichen Kriegen oder Gewaltkonflikten ist der Ausgang eine entscheidende Determinante der Folgen. Interne Kriege tragen nur dann zur Stärkung des Staates bei, wenn es einen eindeutigen Sieger gibt und sie somit im Sinne von Norbert Elias (1976) einen Ausscheidungskampf konkurrierender Herrschaftsansprüche darstellen. In Lateinamerika sind die erfolgreichen Revolutionen in Mexiko, Costa Rica, Cuba und Nicaragua Beispiele dafür.¹⁷ Ist dies nicht der Fall, so bleibt die Fragmentierung und Spaltung, deren Ausdruck der Krieg schon ist, erhalten und wird durch die “normalen” Kriegsfolgen verschärft.

Unabhängig von den Ursachen wirkt sich die Gewalt auf das gesamte Sozialgefüge einer Gesellschaft aus. Vertreibung, Flucht und Migration verändern sowohl die räumliche wie auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung als auch den Zugang und die Kontrolle über natürliche Ressourcen. Die Zerstörung der Sozialbeziehungen und das Fehlen von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung tragen vielfach dazu bei, die Schwelle zur Gewaltanwendung auch im Alltag zu senken, was in der Entstehung von “Gewaltkulturen” oder in der “Veralltäglichung” der Gewalt bis hin zur Anomie sichtbar wird (Waldmann 1995; 1997; 2004).

Die Unterschiede innerhalb Lateinamerikas zeigen sehr deutlich, dass im historischen Verlauf spezifische nationale “Muster” der Konfliktbearbeitung entstehen. In Kolumbien war Gewaltanwendung immer wieder ein mehr oder minder normales Mittel der politischen Auseinandersetzung, wodurch eine “politische Gewaltkultur” entstand (Kurtenbach 1999). Im Gegensatz hierzu stehen die Entwicklungen in Chile, Costa Rica und auch in Mexiko, wo die Zapatisten mit einem Mindestmaß an Gewalt ein Maximum an nationaler und internationa-

17 Dies impliziert nicht zwangsläufig, dass die “Ausscheidung” auf lange Dauer erfolgreich ist. Entscheidend dürfte vielmehr sein, ob es gelingt, das alte System so weit zu demontieren, dass es nicht rekonstruiert werden kann. Dies hängt eng mit der Überlebensdauer der etablierten Regime zusammen.

ler Aufmerksamkeit erreichen. Die Funktionalität der Gewaltanwendung hängt also stark vom historischen Kontext ab. Dies wird in den aktuellen Debatten um Gewalt, Krieg und Frieden lediglich auf der Ebene nationaler "Entwicklungspfade" (Zinecker 2004), aber nicht vergleichend systematisch reflektiert.

Gewalt zerstört aber nicht nur, sondern "ordnet" die betroffenen Gesellschaften auch neu.¹⁸ Sei es, dass dies im Klima des fehlenden Vertrauens und der Angst in Form der Etablierung oder Erneuerung vertikaler Loyalitätsbeziehungen hinter formaldemokratischen Fassaden geschieht,¹⁹ sei es, dass Hilfs- und Solidarnetzwerke im Umfeld von Opfern, Flüchtlingen und in der Diaspora entstehen. Ein Spiegelbild hierfür ist die Aufarbeitung der Vergangenheit (Dokumentation, Strafverfolgung, Entschädigung der Opfer), weil sie eine wichtige Funktion bei der (Re-)Interpretation und damit auch der Legitimation der Gewalt hat. Dabei geht es nicht in erster Linie um eine rückwärts-gewandte Betrachtung, die vielfach mit dem Verweis auf einen notwendigen "Schlussstrich" (*punto final, borrón y cuenta nueva*) hervorgehoben wird. Wesentlich wichtiger ist die präventive und damit zukunftsorientierte Bedeutung der Vergangenheitspolitik: Denn nur wenn eine Gesellschaft deutlich macht, dass die Gewaltanwendung nicht akzeptabel ist, hat dies auch präventive Wirkung. Die Frage, wie eine Gesellschaft mit der eigenen Vergangenheit umgeht, ist insofern auch ein Indikator für die von Dinges (1998: 188) formulierte Frage nach der Akzeptanz von Gewalt im gesellschaftlichen Konfliktaustrag. Dieser Aspekt ist in der umfangreichen Literatur zu den verschiedenen Vergangenheits- oder Versöhnungskommissionen (Fuchs/Nolte 2004) bisher vernachlässigt worden.

Lateinamerikas Umgang mit der Gewalt der siebziger und achtziger Jahre zeigt letztlich sehr deutlich, welche Rolle hierbei die realen Machtverhältnisse spielen. Denn dort, wo die Täter nach wie vor zentrale Macht- oder Vetopositionen in Politik, Wirtschaft oder Gesell-

18 Vgl. hierzu mit zahlreichen Beispielen den Sammelband der AKUF (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung). Bakonyi/Hensell/Siegelberg (2006).

19 Kolumbien ist ein Land, in dem dieser Prozess über die vergangenen Jahrzehnte modellhaft analysiert werden kann, wo Krieg und Gewalt die Ausbildung horizontaler Solidaritäten verhindert und die Integration großer Bevölkerungsteile in vertikale Sozialbeziehungen immer wieder neu gefördert und modernisiert haben (vgl. Kurtenbach 1999).

schaft einnehmen, ist es kaum möglich, sie zur Verantwortung zu ziehen. Dies behindert den Bruch mit einer gewaltsamen Vergangenheit, der notwendig wäre, um aus dem Teufelskreis von Gewalt, deren Legitimation und neuerlicher Gewalt auszubrechen. Aktuell wird dieses Dilemma am Beispiel Kolumbiens sehr deutlich. Die strafrechtliche Verfolgung der Mitglieder und vor allem auch der Anführer der paramilitärischen Gruppen wird von zahlreichen nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen gefordert. Regierungskreise lehnen diesbezügliche Regelungen, die internationalen Menschenrechtsstandards entsprächen, mit der Begründung ab, das sei politisch nicht durchsetzbar ("in allen Gruppen gibt es Täter und Opfer", "man reißt nur alte Wunden auf", etc.) und würde den Demobilisierungsprozess gefährden. Die kolumbianische Geschichte zeigt aber sehr deutlich, dass die fehlende gesellschaftliche Aufarbeitung der Gewalt diese lediglich perpetuiert.

3. Demokratisierung als Zivilisierung – die Abnahme politischer Gewalt

Lateinamerika erlebt seit 20 Jahren eine historisch einmalige Phase der Demokratisierung. Zu keinem historischen Zeitpunkt gab es südlich des Rio Grande so viele demokratisch verfasste Regierungen. Jenseits der Diskussionen über die Defekte und Schwächen der lateinamerikanischen Demokratien²⁰ ist diese Entwicklung für die Frage nach den Ursachen und den Einhegungsmöglichkeiten der Gewalt relevant. Die Debatte um den "demokratischen Frieden" postuliert die Friedfertigkeit demokratisch verfasster Gesellschaften untereinander,²¹ aber auch innerhalb eines Staates gilt die Demokratie als geeignete Methode der zivilen Konfliktbearbeitung und als wichtiger Mechanismus der Krisenprävention.²² Die Demokratisierung selbst gilt dagegen

20 Vgl. hierzu u.a. die einzelnen Studien aus dem Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung (2004) sowie die umfangreiche Studie des PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (2004).

21 Zu einer kritischen Diskussion des Ansatzes mit Bezug auf Lateinamerika vgl. den bereits zitierten Artikel von Lothar Brock (1998).

22 Auch dies ist allerdings nicht unwidersprochen und wird besonders in der Genozidforschung sehr kritisch diskutiert. Nicht nur der Holocaust, sondern auch andere Gewaltextzesse des 20. Jahrhunderts fanden schließlich in formal demokratischen Gesellschaften statt. Vgl. hierzu Imbusch (2005), oder Mann (2005).

als konflikt- und gewaltträchtige Phase (Mansfield/Snyder 1995). Die Gewaltentwicklung Lateinamerikas in den letzten beiden Dekaden ist im Kontext dieser Debatten sehr interessant.

Die Demokratisierung hat durch die Erweiterung der zivilen politischen Partizipationsmöglichkeit zweifelsohne wesentlich dazu beigetragen, die politische Gewalt einzuhegen. Ein Großteil der Kriege und der politischen Gewalt der siebziger und achtziger Jahre war gegen die Herrschaft autoritärer Regime oder offener Militärdiktaturen gerichtet bzw. wurde von diesen ausgeübt, um die eigene Herrschaft zu stabilisieren. Dieser Gewalt entzog die Demokratisierung die Legitimationsgrundlage. Ausnahmen von dieser "Regel" sind auf den ersten Blick Kolumbien und Peru. In Kolumbien koexistiert eine zumindest unter engen formaldemokratischen Kriterien etablierte "Demokratie" bereits seit 40 Jahren mit einem internen Krieg wechselnder Intensität, dennoch gilt auch hier der allgemeine Trend. Denn seit der demokratischen Öffnung mit der neuen Verfassung 1991 sind die Guerillagruppen legitimatorisch stark unter Druck geraten, wird ihnen ein politischer Anspruch abgesprochen.²³ In Peru spielte der Kontext der Demokratisierung insofern keine Rolle, als der Krieg von Sendero Luminoso (SL) mit einer totalen Systemopposition begründet wird, die Revolutionäre Bewegung Tupac Amarú (MRTA) fordert dagegen die Einbeziehung bisher marginalisierter Gruppen.

Durch die Demokratisierung und den Zusammenbruch des Ostblocks existiert für die Opposition außerdem kein grundlegend alternatives Gesellschaftsprojekt mehr, das es – unter Umständen auch mit Gewalt – durchzusetzen gilt. Die faktische Kraft der Normsetzung – so unvollkommenen die demokratischen Systeme auch sein mögen – zeigt sich in Lateinamerika auch daran, dass die Mindeststandards der demokratischen Regierung (verfassungskonforme Regierungswechsel und regelmäßige Wahlen) von allen eingehalten werden müssen. Dies gilt für selbsternannte Revolutionäre wie den venezolanischen Präsi-

23 Vor allem nach dem Scheitern des Friedensprozesses der Regierung Pastrana (1998-2002) nahm im *mainstream* der kolumbianischen Diskussion die Tendenz zu, der FARC jeglichen politischen Anspruch abzusprechen und ihr allein ökonomische Interessen zu unterstellen. Eine Steigerung erfuhr dies nach den Anschlägen des 11.9. 2001 und der Amtsübernahme durch Álvaro Uribe, der die Existenz eines Krieges oder bewaffneten Konflikts leugnet und die kolumbianische Demokratie von "Terroristen" bedroht sieht.

denten Hugo Chávez ebenso wie für die USA, die mit ihrer eilfertigen Anerkennung der venezolanischen Putschisten im April 2002 schmachvoll scheiterten.

Aber auch wenn die politische Gewalt im Vergleich zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark abgenommen hat, so existiert sie immer noch. Sie manifestiert sich zumindest sporadisch in gewaltsamen politischen Protesten, etwa bei Demonstrationen gegen die neo-liberale Strukturanpassungspolitik und den Freihandel, zuletzt Anfang 2005 in Guatemala, oder bei Konflikten um die Tätigkeit nationaler und internationaler Minengesellschaften in Peru. Allerdings haben sich hieraus – zumindest bisher – keine organisierten Formen bewaffneter Opposition entwickelt.²⁴

Im Großen und Ganzen verläuft der politisch motivierte Protest in der Region dagegen friedlich. Dies zeigt sich beispielsweise in Ecuador und Bolivien, wo die Präsidenten durch Straßenblockaden und die Mobilisierung großer Gruppen aus dem Amt gejagt wurden, ohne dass dies zum Einsatz direkter physischer Gewalt geführt hätte. Auch in Venezuela übte im Zusammenhang mit dem missglückten Putschversuchs gegen Hugo Chávez 2002 die Opposition keine Gewalt aus, obwohl die Sicherheitskräfte im Vorfeld auf Demonstranten schossen. Waren die staatlichen Sicherheitskräfte in Lateinamerika lange Zeit einer der zentralen Akteure politischer Gewalt, so ist eine direkte politische Motivation ihres Handelns heute nicht erkennbar, auch wenn es nach wie vor selektive Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter gibt. Die Streitkräfte bleiben in weiten Teilen ein Akteur mit Vetomacht gegenüber grundlegenden Veränderungen des Status quo, sind aber kaum noch autonomer Akteur.²⁵

24 In Peru sind außerdem in den vergangenen Jahren einige politische Auseinandersetzungen auf der lokalen Ebene gewaltsam eskaliert. Nach Vorwürfen über Korruption und Amtsmissbrauch wurde der Bürgermeister von Ilave im April 2004 von einem aufgebrachten Mob gelyncht, in vier weiteren Fällen wurden Bürgermeister ermordet, ohne dass die Motive vollständig aufgeklärt werden konnten. Neben Defiziten im Zusammenhang mit der noch fragilen peruanischen Dezentralisierung – in deren Rahmen es beispielsweise für einen angeklagten Amtsinhaber keine Möglichkeit gibt, zurückzutreten – spielten hierbei offenbar auch persönliche Streitigkeiten zwischen Bürgermeister und Stellvertreter eine Rolle (vgl. Degregori 2004).

25 Die Vetomacht der Streitkräfte wurde in allen Ländern vor allem im Kontext der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverbrechen deutlich.

Die Debatte um die Gewalt der staatlichen Sicherheitskräfte dreht sich eher um die Frage von Kompetenzen und Kapazitäten sowie die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes. In Brasilien gibt es beispielsweise eine umfassende Diskussion über den massiven Schusswaffeneinsatz der Polizei (Cano 1998).

Insgesamt haben Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit einen Rahmen geschaffen, der die Gewalt aus dem politischen Raum der lateinamerikanischen Gesellschaft weitgehend verdrängt. Eine Politisierung des in der gesamten Region in großem Ausmaß vorhandenen sozialen Protestpotentials und der politischen Unzufriedenheit wäre letztlich auf einen ideologischen Rahmen oder Bezugspunkt angewiesen, der die jeweiligen Konflikte in den politischen Kontext einbettet. Ein alternatives Gesellschaftsprojekt, das über die Ablehnung des Status quo und der damit verbundenen Verhältnisse hinausgeht, existiert bisher nicht. Da es nicht mehr um die großen Fragen "Diktatur oder Demokratie" geht, fällt es der Opposition schwer, den bestehenden verbreiteten Unmut zu kanalisieren.

4. Ungleichheit und Marginalisierung – Gewalt als Spiegel sozialer Desintegrationsprozesse

So wie die Gewalt eine historische Konstante in Lateinamerika zu sein scheint, ist auch die Ungleichheit kein neues Phänomen. Im internationalen Vergleich führen potentiell reiche lateinamerikanische Länder wie Brasilien und Kolumbien die Liste der Ungleichheit (z.B. gemessen im Gini-Koeffizienten) an. Schon aus diesem Grund liegt es nahe, in der Ungleichheit, wohlgemerkt nicht in der Armut, eine zentrale Ursache für die Gewalt zu sehen (Fajnzylber/Lederman/Loayza 1998). Da es sich hierbei aber nicht um neue Phänomene handelt, bleibt die Frage offen, was sich im Bereich von Gewalt und Ungleichheit in den vergangenen Dekaden verändert hat, das den aktuellen Strukturwandel der Gewalt zu erklären vermag.

Auch über weite Strecken des 20. Jahrhunderts waren Ungleichheit und Marginalisierung zentrale strukturelle Rahmenbedingungen des Gewaltgeschehens. Die Guerillabewegungen rekrutierten ihre Mitglieder nicht nur aus politisierten Sektoren der urbanen Mittelschichten oder im Umfeld der Universitäten, sondern auch bei den landlosen *Campesinos* und den Jugendlichen aus den Slums der Groß-

städte. Was sich in den vergangenen beiden Dekaden – das heißt ungefähr im Zeitraum einer Generation – grundlegend verändert hat, sind die Sozialbeziehungen. Die Auflösung traditioneller Zusammenhänge wird nicht nur an den Prozessen der Migration und Verstädterung sichtbar, sondern auch am Bedeutungsverlust traditioneller Organisationen wie insbesondere der katholischen Kirche. Die letzten beiden Jahrzehnte sind durch ein hohes Maß an Fragmentierung der Sozialbeziehungen gekennzeichnet.

Die Globalisierung hat ebenso ihren Anteil an diesen Veränderungen wie die Strukturanpassungsprogramme der internationalen Finanzinstitutionen. Beide Prozesse haben zu einem Verlust an Beschäftigungsmöglichkeiten in den formellen Sektoren der Ökonomie geführt. Der informelle Sektor ist schon aufgrund seiner Größe die eigentliche Volkswirtschaft Lateinamerikas. Der Anteil variiert zwischen 25% der Beschäftigten in Argentinien und fast 70% in Bolivien (Schneider 2002). Hoffnungen darauf, dass hier eine dynamische Entwicklung von Kleinstunternehmen ihren Ausgang nimmt, wie sie 1989 Hernando de Soto am Beispiel Perus formulierte, haben sich nirgendwo erfüllt.

Die Informalisierung fördert die soziale Desintegration und verringert damit den sozialen Zusammenhalt. Auch wenn gleichzeitig in der Zivilgesellschaft zahlreiche neue Organisationsformen und soziale Bewegungen entstanden sind, so ist deren Arbeit doch überwiegend auf punktuelle oder lokal begrenzte Anliegen ausgerichtet. Und auch andere Auswege aus der Misere manifestieren sich auf der Ebene des einzelnen Individuums, wie etwa die legale oder illegale Migration in die USA oder nach Europa. Schließlich fördert diese Entwicklung auch das Wachstum der kriminellen Ökonomie, in deren Kontext heute ein Großteil der Gewalt stattfindet.

Die Entstaatlichungspolitik der vergangenen Jahre hat in Lateinamerika nicht nur zum Abbau aufgeblähter Bürokratien beigetragen, sondern auch dessen ohnehin schmale finanzielle Basis weiter untergraben. Informalisierung und Kriminalisierung der Gesellschaften vermindern die Staatseinnahmen, weil in diesen Bereichen keine Steuern abgeführt werden. Dieselben Entwicklungen haben auch die integrativen Funktionen untergraben, was im Kontext der Demokratisierung zu einer Delegitimierung auch des demokratischen Systems geführt hat. Korruption und andere informelle und kriminelle Prakti-

ken unterminieren außerdem die Funktionsweise zentraler staatlicher Instanzen im Bereich der Konfliktbearbeitung – vor allem Polizei und Justiz.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es mithin nicht erstaunlich, dass auch die Gewalt vor allem in individueller Form oder im Rahmen der mehr oder minder organisierten Kriminalität stattfindet. Denn neben dem Fehlen eines ideologischen oder politischen Bezugsrahmens fehlt dem strukturell nach wie vor existierenden Protestpotential in der Region auch die Einbindung in soziale Gruppen, die artikulations- und konfliktfähig sind. Dies macht es relativ einfach, die Gewalt zu kriminalisieren und den Umgang mit ihr auf die staatliche Repression zu beschränken. Ob dies erfolgreich ist, darf bezweifelt werden.

Der in Wissenschaft und Politik dominierende Diskurs über die aktuelle Gewalt in Lateinamerika vernachlässigt die Tatsache, dass auch die vermeintlich “unpolitische” Gewalt nicht jenseits der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Realität der Gesellschaften stattfindet, sondern eng mit ihr verbunden ist. Wie relativ problemlos sich Diskurse von Gewaltakteuren politisieren oder entpolitisieren lassen, zeigen Beispiele aus Guatemala und Kolumbien (Kurtenbach 2005). Schon aus diesem Grund sind umfassende Strategien zur Einhegung der Gewalt gefragt.

5. Strukturwandel der Gewalt und Perspektiven für die Befriedung

Betrachtet man die Gewaltentwicklung in Lateinamerika über einen längeren Zeitraum, so zeigen sich einige Grundmuster sehr deutlich, die auf mehreren, sich überschneidenden Ebenen verschiedene Dimensionen der Entwicklung betreffen.

- Die soziale und ökonomische Marginalisierung und Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen ist in der gesamten Region der konstante strukturelle Bezugsrahmen, der “Nährboden” der Gewalt. Dies zeigt sich auch daran, dass zu den Zeiten und in den Ländern, wo es über längere Phasen eine erfolgreiche Integrationspolitik gab, die Gewalt zurückgeht.
- Die Art des politischen Regimes ist für die Frage der Politisierung der Proteste von entscheidender Bedeutung. Dort, wo es zumin-

dest rudimentäre politische Partizipationsmechanismen gibt, findet die Gewalt nur sporadisch oder punktuell kollektive Formen der Organisation.

- Gesellschaften entwickeln im Lauf der Geschichte eine spezifische Form im Umgang mit der Gewalt, die die Schwelle für die Gewaltanwendung entweder senkt (Kolumbien) oder hebt (Costa Rica, Chile, Uruguay).
- Die internationalen Rahmenbedingungen wirken vor allem auf die Dynamik der Konflikte ein und bestimmen so teilweise Eskalation und Deeskalation.

Was sich in Lateinamerika in den vergangenen Jahren geändert hat, sind also vor allem die Organisation und Zielsetzung der Gewalt. Fragmentierung und Depolitisierung sind hier die zentralen Charakteristika. Was heißt das aber für den Umgang mit der Gewalt?

In der vergangenen Dekade setzten Politiker in der Region in erster Linie auf repressive Strategien: Das Militär wurde auf die Straße geschickt, die Polizei verstärkt, professionalisiert und modernisiert, die Strafgesetzbücher verschärft. Zur Gewalteinhegung hat dies bekanntermaßen wenig beigetragen: Militär und Polizei sind schlecht ausgebildet, wegen ihrer geringen Bezahlung in hohem Maß korruptionsanfällig und vielfach selbst in kriminelle Netzwerke verstrickt. Die Justiz arbeitet langsam, die Gefängnisse sind übertoll, die Perspektivlosigkeit vor allem junger Männer macht Gewalt und Kriminalität zur letzten Überlebensmöglichkeit. In jüngster Zeit hat sich der politische Diskurs in der Region allerdings verändert: Die Polizeireformen setzen verstärkt auf die Kooperation mit der lokalen Bevölkerung, die Interamerikanische Entwicklungsbank (Buvinic/Alda/Lamas 2005) propagiert Prävention als Mittel der Gewalteinhegung.

Zur dauerhaften Einhegung der Gewalt müssen einzelne Ansätze in eine breitere Konzeption des *Nation-building* eingebettet sein. Dafür sind Anstrengungen auf mehreren Ebenen notwendig, die sich wechselseitig ergänzen und verstärken können.

Zuallererst geht es um die Anerkennung der Tatsache, dass alle BürgerInnen einen Anspruch auf Partizipation haben und dass

1. Probleme nicht per Ausgrenzung oder Kriminalisierung gelöst werden können.

2. Die Reform staatlicher Institutionen muss nicht nur auf größere Effizienz, sondern vor allem auf die Orientierung am Gemeinwohl ausgerichtet sein. Dazu gehört zwingend, dass Staat und Verwaltung auf allen Ebenen (national, regional, lokal) der Gesellschaft gegenüber Rechenschaftspflicht sind, demokratischer Kontrolle unterliegen und transparent agieren müssen.
3. Eine grundlegende Stärkung des Rechtsstaats, weil dies die Grundlage für eine Erhöhung des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit sowohl von Staat und öffentlicher Verwaltung als auch der verschiedenen zivilen Instrumente der Konfliktbearbeitung ist.

Letztlich geht es im Kern darum, formale, verrechtete Strukturen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu stärken. Dies schließt auch Bemühungen zur Ausdehnung des formalen Sektors der Ökonomie ein. Dies hat nicht nur wirtschaftliche Aspekte – wie die formale Regelung von Arbeitsbeziehungen oder die Besteuerung von Löhnen, Gehältern und Gewinnen, sondern auch grundlegende politische Folgen. Einigermmaßen stabile Arbeitsplätze sind die unabdingbare Voraussetzung für die Organisationsfähigkeit und Konfliktfähigkeit sozialer Interessen, die auch der politischen Demokratisierung ein solides Fundament verschaffen. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Amartya Sen (1999) weist zu Recht darauf hin, dass Demokratie und Entwicklung sich in einer Art Reißverschlussprinzip entwickeln und gegenseitig verstärken können.

Demokratie bedeutet Regieren auf Zeit, so dass historische Aufgaben – wie die hier skizzierten – nicht in einer Legislaturperiode gelöst werden können. Deshalb muss ein breiter Konsens in der Gesellschaft für diese Strategien der Gewalteinhegung geschaffen werden. Nur so werden sie dann von einzelnen Personen unabhängig und leisten einen Beitrag zur grundlegenden Veränderung der Akzeptanz von Gewalt.

Literaturverzeichnis

- Arriagada, Irma/Godoy, Lorena (2000): "Prevention or Repression? The False Dilemma of Citizen Security". In: *CEPAL Review* Nr. 70, April, S. 111-136.
- Bakonyi, Jutta/Hensell, Stephan/Siegelberg, Jens (Hrsg.) (2006): *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart*. Baden-Baden: Nomos.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): *Bertelsmann Transformation Index 2003. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie*. Gütersloh.
- Brock, Lothar (1998): *Grasping the Undemocratic Peace. The Case of Latin America*. Manuskript "Failed States and International Security: Causes, Prospects, and Consequences". West Lafayette: Purdue University, 25.-27. Februar <http://www.ippu.purdue.edu/failed_states/1998/papers/brock.html> (Zugriff am 28.5.2002).
- Buvinic, Mayra/Alda, Erik/Lamas, Jorge (2005): *Emphasizing Prevention in Citizen Security. The Interamerican Development Bank's Contribution to Reducing Violence in Latin America and the Caribbean*. Interamerican Development Bank. Washington D.C. <www.iadb.org/sds/soc> (Zugriff am 23.9.2005).
- Cano, Ignacio (1998): *The Use of Lethal Force by Police in Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro: ISER.
- Degregori, Carlos Iván (1997): "The Maturation of a Cosmocrat and the Building of a Discourse Community: The Case of the Shining Path". In: Apter, David E. (Hrsg.) (1995): *The Legitimization of Violence*. Basingstoke/London: Macmillan, S. 33-82.
- (2004): "Ilave: espejo del Perú". In: *Propuesta Ciudadana* Nr. 1, Lima.
- Dinges, Martin (1998): "Formenwandel der Gewalt in der Neuzeit. Zur Kritik der Zivilisationstheorie von Norbert Elias". In: Sieferle, Rolf Peter/Breuninger, Helga (Hrsg.): *Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte*. Frankfurt/New York: Campus, S. 171-194.
- Dowdney, Luke (2005): *Neither War nor Peace. Internationale Comparisons of Children and Youth in Organized Armed Violence*. Rio de Janeiro <www.coav.org.br/publicue/media/NeitherWarorPeace.pdf> (Zugriff am 4.6.2005).
- Elias, Norbert (1976): *Über den Prozeß der Zivilisation*. 2 Bde., Frankfurt/Main.
- Fajnzylber, Pablo/Lederman, Daniel/Loayza, Norman (1998): *Determinants of Crime Rates in Latin America and the World. An Empirical Assesment*. Washington D.C.: Worldbank Latin American and Caribbean Studies Viewpoint.
- Fuchs, Ruth/Nolte, Detlef (2004): "Politikfeld Vergangenheitspolitik: Zur Analyse und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen". In: *Lateinamerika Analysen*. Hamburg, Nr. 9, S. 59-92.
- Gantzel, Klaus Jürgen/Schwinghammer, Thorsten (1995): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1992, Daten und Tendenzen*. Hamburg/Münster: Lit.
- Holsti, K. J. (1996): *The State, War, and the State of War*. Cambridge.
- Imbusch, Peter (2005): *Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Keen, David (1998): *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*. IISS Adelphi Paper Nr. 320, London.
- Kurtenbach, Sabine (1991): *Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika. Ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklungen in Kolumbien und Chile*. Hamburg/Münster: Lit.
- (1999): "Kolumbien: Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden". In: *Iberoamerikanisches Archiv* NF, Jg. 25, Heft 3-4, S. 375-396.
- (2002): "Die OAS – vom Instrument der US-Politik zur demokratischen Sicherheitsgemeinschaft?". In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): *Sicherheit und Frieden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Konzeptionen – Akteure – Regionen*. München: UTB, S. 325-340.
- (2003): "Die OAS vom Instrument der US-Politik zur demokratischen Sicherheitsgemeinschaft?". In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): *Sicherheit und Frieden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Konzeptionen – Akteure – Regionen*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, S. 323-338 (ebenfalls erschienen 2002 als UTB 2284).
- (2005): "Gewalt, Kriminalität und Krieg – zur symbiotischen Verbindung verschiedener Gewaltformen und den Problemen ihrer Einhegung". In: Basedau, Matthias/Mattes, Hanspeter/Oettler, Anika (Hrsg.): *Sicherheit als öffentliches Gut*. Hamburg: DÜI, S. 209-228.
- Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.) (2004): *Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. SEF Eine Welt Band Nr. 17, Bonn.
- Kurtenbach, Sabine/Bodemer, Klaus/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2000): *Sicherheitspolitik in Lateinamerika. Vom Konflikt zur Kooperation?* Opladen: Leske + Budrich.
- Liebel, Manfred (2002): "Centroamérica – pandillas y maras: señas de identidad". In: *Revista Envío* Nr. 244, Juli, internet-Ausgabe <<http://www.enviuo.org.ni/articulo/1161>> (Zugriff am 8.05.2005).
- Lock, Peter (2003): "Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung". In: Ruf, Werner (Hrsg.): *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Krieg*. Opladen: Leske + Budrich, S. 93-123.
- (2004): "Gewalt als Regulation: Zur Logik der Schattenglobalisierung". In: Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter, S. 40-61.
- Mann, Michael (2005): *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (1995): "Democratization and War". In: *Foreign Affairs* 74, Nr. 3, Mai/Juni, S. 79-97.
- Mansilla, H. C. F. (1990): "Los Iluminados y sus Sombras. Crítica de la Guerrilla Latinoamericana 1960-1975". In: *Nueva Sociedad* Nr. 105, S. 118-129.
- Manwaring, Max G. (2005): *Street Gangs: The New Urban Insurgency. Strategic Studies Institute*. Carlisle: U.S. Army War College <www.carlisle.army.mil/ssi> (Zugriff am 13.4.2005).
- Mares, David R. (2001): *Violent Peace. Militarized Interstate Bargaining in Latin America*. New York.

- Morse, Richard ([1964] 1982): "The Heritage of Latin America". In: *Wiarda*, S. 29-73.
- Naylor, R. Thomas (1999): *Economic Warfare. Sanctions, Embargo Busting and their Human Cost*. Boston: Northeastern University Press.
- (2002): *Wages of Crime. Black Markets, Illegal Finance, and the Underworld Economy*. Ithaca/London.
- Nissen, Astrid/Radtke, Katrin (2002): "Warlords als neue Akteure der internationalen Beziehungen". In: Albrecht, Ulrich et al. (Hrsg.): *Das Kosovo-Dilemma: Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 141-155.
- Paris, Roland (2004): *At War's End. Building Peace after Civil War*. Cambridge.
- Peetz, Peter (2004): "'Maras' in Honduras, El Salvador und Guatemala. Die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch Jugendbanden in Zentralamerika". In: Bodemer, Klaus (Hrsg.): *Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit. Erfahrungen in Lateinamerika und Europa* (Beiträge zur Lateinamerikaforschung Nr. 17). Hamburg, S. 49-86.
- Pietschmann, Horst (1980): *Staat und staatliche Entwicklung am Beginn der spanischen Kolonisation Amerikas*. Münster: Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung.
- PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (2004): *La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos*. Buenos Aires.
- Puhle, Hans-Jürgen (1982): "Soziale Ungleichheit, Gewalt und Repression. Unsystematische Bemerkungen zu einem Nachholbedarf der westdeutschen sozialwissenschaftlichen Lateinamerika-Forschung". In: Lindenberg, Klaus (Hrsg.): *Lateinamerika. Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit*. Bonn, S. 11-28.
- Riekenberg, Michael (1998): "Kriegerische Gewaltakteure in Lateinamerika im frühen 19. Jahrhundert". In: Sieferle, Rolf Peter/Breuninger, Helga (Hrsg.): *Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte*. Frankfurt/New York: Campus, S. 195-214.
- (1999): "Warlords. Eine Problemskizze". In: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*. 9. Jg., Nr. 5/6, S. 187-205.
- Rodgers, Dennis (1999): *Youth Gangs and Violence in Latin America and the Caribbean: A Literature Survey*. LCR Sustainable Development Working Paper No. 4, Urban Peace Program Series. Washington: World Bank.
- Schneider, Friedrich (2002): *Size and Measurement of the Informal Economy in 110 Countries around the World*. <http://rru.worldbank.org/documents/informal_economy.pdf> (Zugriff am 29.4.2003).
- Sen, Amartya (1999): "Democracy as a Universal Value". In: *Journal of Democracy*. Jg. 10, Nr. 3, S. 3-17.
- Serrano, Mónica/Toro, María Celia (2002): "From Drug Trafficking to Transnational Organized Crime in Latin America". In: Berdal, Mats/Serrano, Mónica (Hrsg.): *Transnational Organized Crime and International Security. Business as Usual?* Boulder/London: Lynne Rienner, S. 155-182.

- Siegelberg, Jens et al. (Hrsg.) (2006): *Ordnungen der Gewalt*. Baden-Baden: Nomos.
- Soto, Hernando de (1989): *The other Path. The Invisible Revolution in the Third World*. New York et al.
- Tilly Charles (1985): "State Making as Organized Crime". In: Evans, Peter B./Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hrsg.): *Bringing the State Back in*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, S. 212-241.
- Waldmann, Peter (1995): "Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt". In: *Zeitschrift für Politik* 42, S. 343-348.
- (1997): "Veralltäglicung der Gewalt: Das Beispiel Kolumbien". In: Trotha, Trutz von (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37). Opladen/Wiesbaden.
- (2002): *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen.
- (2004): "Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten". In: Heitmeyer, Wilhelm/Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen*, S. 246-265.
- Weber, Gaby (1989): *Die Guerilla zieht Bilanz. Lateinamerikanische Guerilla-Führer sprechen über Fehler, Strategien und Konzeptionen. Gespräche, aufgezeichnet in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay*. Gießen.
- WHO (Welt-Gesundheitsorganisation) (2002): *World Report on Violence and Health 2002*. Genf.
- Wickham-Crowley, Timothy P. (1992): *Guerrillas & Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgency and Regimes since 1956*. Princeton/New Jersey.
- Zinecker, Heidrun (2004): "El Salvador nach dem Bürgerkrieg. Ambivalenzen eines schwierigen Friedens". *Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. 44. Frankfurt/Main.